

die Actionaire des Credit mobilier haben bereits eine Verurtheilung des Pariser Handelsgerichts gegen den früheren Verwaltungsrath (neun Personen) erwirkt, welche denselben verpflichtet, den Inhabern der zweiten Actienemission von 60 Millionen Nominal den vollen Betrag ihrer Einzahlung wieder zurückzuerstatten. Wahrhaft vernichtend für die schmählige Wirthschaft des Verwaltungsraths, wozu auch der bekannte Michel Chevalier gehörte, ist der Inhalt dieses Urtheils. Außerdem werden die der Immobiliargesellschaft geleisteten Darlehne als ungesetzlich und die Verwaltung dafür verantwortlich erklärt. (Die Mitglieder des Administrationsraths bezogen außer 100,000 Francs für Präsenzmarken, d. h. für den Besuch der Conferenzen, noch eine Tantième von zehn Procent des Gewinns, und hätten sich für diese glänzende Belohnung doch wohl etwas besser gegen ihre Clienten auführen können.) Es ist nun abzuwarten, wie die Appellinstanz entscheiden wird. Jedemfalls werden die Vereire, wenn definitiv verurtheilt, ihren Regress an den Mobilier selbst zu nehmen suchen und dann beginnt ein neuer Prozeß mit den Inhabern der alten Actien.

Auch in einer anderen französischen Stadt ist neulich der Verwaltungsrath einer Actiengesellschaft zum Erfasse des durch sein Verschulden verloren gegangenen Capitaless verurtheilt worden. — Mögen sich die österreichischen Gerichte daran ein Beispiel nehmen. — Die Discussion über die neue Anleihe bewegt sich noch innerhalb der Commission, und giebt Veranlassung zu den mannichfachen Gerüchten. Nach der Brochüre des Herrn Horn: „Die Bilanz des Kaiserthums“ betragen die Kosten desselben von 1852 bis 66 ungefähr 31 Milliarden, was eine jährliche Durchschnittssumme von 2 Milliarden und 66 Millionen ausmacht, während die Periode von 32 bis 46 bloß 19 Milliarden und 38 Millionen in Anspruch nahm. Die Vermehrung der Ausgaben belief sich also von einer Periode zur anderen auf ungefähr 12,000 Milliarden, also 800 Milliarden jährlich. Von dem oben angeführten Total von 31 Milliarden absorbirten Krieg, Marine und öffentliche Schuld ungefähr 18 Milliarden, und so betrug diese drei Rubriken fast eben so viel, wie die Gesamtausgabe der Periode von 32 bis 46. Ein so bedeutendes Anwachsen der öffentlichen Schuld mußte natürlich mit der Zeit den Preis der Rente bedeutend herabdrücken. Vor 1830 überstieg der Cours derselben 80%, kurz vor 1848 erreichte er 85. Nach dem Staatsstreich erhob er sich zwar ungefähr eben so hoch, sank aber bald wieder und vermochte später 70 nicht zu überschreiten. — Daß die französische Regierung dem Deu von Tunis wegen seiner unterlassenen Verpflichtungen gegen die Inhaber seiner Schuldbriefe arg mitzuspielen gedroht hat, haben die Zeitungen bereits gemeldet. Ein genügendes Resultat ist allerdings bis jetzt nicht erreicht worden, da die Einnahmen des Landes in keinem Verhältnisse zu der ihm aufgebürdeten Schuldenlast stehen.

In Wien hat das Subcomité des Finanzausschusses seinen Bericht über die Brestel'schen Finanzvorlagen abgestattet. Dasselbe berechnet das Deficit auf 60 Millionen, also um 10 Millionen mehr als der Minister, und erkennt auch nicht den von der Regierung für die künftigen Jahre nach Ablauf der dreijährigen Periode mit 50 Millionen angenommenen Ertrag der vorgeschlagenen Steuern als richtig an. Aus diesen Gründen empfiehlt das Comité Ablehnung der Vermögenssteuer und vorläufig der Unification der Schuldtitel; dagegen eine Erhöhung der Couponssteuer und der Gewinnsteuer der Staatspapiere auf 20%, Sistrung der Amortisation für 68 und 69, und Wiedereinführung des unter Belcredi aufgehobenen Zuschlags zur Gewinnsteuer. Zusammen mit der erhöhten Branntweinsteuer würden dadurch 45 Millionen eingebracht werden, die Deckung des Ueberrests von 5 Millionen werde der Regierung leicht fallen. Die Wiener Pressorgane machen sich mit Recht über diese Logik lustig, um so mehr als das Comité ja das Deficit nicht auf 50, sondern 60 Millionen beziffert, also 15 Millionen ungedeckt bleiben, und nennen die Sistrung der Amortisation einen unerschämten Bankerott. Aus dem Inhalte des Berichts leuchtet übrigens offen die Absicht hervor, die Unification und Conjunction der Staatsschuld später in solch radicaler Weise vorzunehmen, daß dadurch eine dauernde Regelung der Finanzen zu Stande gebracht würde. Freilich würde für die Gläubiger dabei wenig übrig bleiben. Daß das rechtlose Gebahren Seitens des Ministeriums sowohl wie Seitens der Volksvertretung ihre demoralisirende Wirkung nicht verfehlen kann, zeigt in drastischer Weise eine Petition des Maschinenbauers Sigl in Wien, der im Interesse seiner Fabrik außer der Verwerfung des mit Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrags die Ungültigkeitserklärung aller während der Sistrungsperiode ohne Beachtung der gesetzlichen Vorschriften geschlossenen Handelsverträge verlangt. Als wenn in Oesterreich nicht ein Regierungssystem das andere verdrängt hätte, und es den auswärtigen Pacifisten zuläme, zu untersuchen, welches das richtige sei!

Freilich, wenn das Abgeordnetenhaus sich offen dahin ausspricht, daß Eisleithanien nicht verpflichtet sei, für die gesammte Staatsschuld aufzukommen, oder Herr Brestel seine Couponssteuer damit begründet, daß die Staatsgläubiger die Kosten des Ausgleichs mit Ungarn zu tragen hätten, oder Herr Stene den offenen Bankerott promulgirt, so kann es nicht ausbleiben, daß in einem

egoistischen Protectionistentopfe solche allem Völkerrechte höhner sprechenden Begriffe sich Luft machen. Die Laxität in den Rechtsbegriffen ist einer der tiefeingefressenen Schäden Oesterreichs, und tritt nur zu oft in abschreckender Weise zu Tage.

In einem eigenthümlichen Widerspruch ist das österreichische Ministerium mit sich selbst gerathen. Zu dem Gesetze über Aufhebung der Schuldhast hatte die Commission des Herrenhauses das Amendement gemacht, daß bei Mangel an genügender Deckung der Gläubiger dem Schuldner den (auch anderswo üblichen) Manifestationseid über die Unzulänglichkeit seiner Mittel auflegen dürfe. Minister Herbst widersetzt sich dem, in der offen ausgesprochenen Ueberzeugung, daß dann die Meineide an die Tagesordnung kommen würden. Und dieselbe Ministerium verlangt in seinem Vermögenssteuergesetz, daß Jeder sein Besitzthum an Eidesstatt richtig declariren solle, trotzdem doch auf der Hand liegt, daß nur in den seltensten Fällen der Fiscus die Wahrheit erfahren wird, provocirt also gewissermaßen den Meineid. Uebrigens ist es sehr begreiflich, daß ein österreichisches Ministerium mehr Sympathie für die Schuldner als für die Gläubiger hat.

Die großen Mehreinnahmen der österreichischen Eisenbahnen zeugen von der Fortdauer des ungarischen Getreidetransports. In unserm vorigen Berichte haben wir bereits der Pläne der Theiß-, Pardubitz- und Elisabethbahn, behufs Consolidirung ihrer Schulden an die Regierung durch Bezahlung mit neuen Actien gedacht. Bemerkenswerth ist das Verlangen der Gesellschaften, daß die weiteren Ueberschüsse zur Hälfte den Actionairen verbleiben, und erst von der andern Hälfte die Rückzahlungen eventueller neuer Zuschüsse verlangt werden sollen. — Die Carl-Ludwigsbahn beschenkt ihre Actionaire mit $9\frac{1}{2}$ Procent Dividende, jeden ihrer zwanzig Verwaltungsräthe mit 8000 Gulden Tantième und legt außerdem 300,000 Fl. für 68 zurück. Der jetzige Cours der Actien ist also vor der Hand zwar gerechtfertigt; so lange aber die Einnahmen sich nicht bessern, keiner Steigerung fähig; da wenn das zweite Semester die bisherigen Ausfälle nicht wett macht, ein Rückgang der Dividende unvermeidlich ist. Die gleichsam eine Fortsetzung der Carl-Ludwigsbahn bildende Lemberg-Gzernowitzer kostete dem Staat verflorenes Jahr 1,162,892 Fl. Zuschuß. Die Verwaltung der österreichisch-französischen Staatsbahn hat beim Herrenhause eine Petition um Concession der Linie Znaim-Kolin u. s. w. eingereicht und um Verwerfung des Gesetzentwurfs über die österreichische Nordwestbahn, wie er aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen, gebeten. Zugleich soll indeß auch die Kaiser Ferdinands-Nordbahn um Concession der Verlängerung ihres Stoderauer Flügels nach Znaim eingekommen sein, was in der That sehr begreiflich. — Die Ueberzeichnung der neuen Emission der Rudolfsbahnactien war allgemein vorauszu sehen. — Unverständlich ist uns der Beschluß der Generalversammlung der Detschauer Landesbank auf Erweiterung ihrer Befugnisse behufs Ankaufs von Werthpapieren für eigene Rechnung. Die Bank arbeitet bloß mit einem Grundcapital von 1 Million Thaler, und würde es allerdings ein Beweis von großer Geschäftstodung sein, wenn die Verwaltung nicht einmal diese Summe zu verwenden wüßte. Uns scheint, daß das Institut der traurigen Erfahrungen schon genug gemacht hat, um von Effectenspeculationen sich fern zu halten. — Von der kleinen Motion der Speculation in Lössbau-Zitauern mögen wir nicht weiter sprechen; es kommt alles darauf an, ob die Faiseurs für ihre neue Religion Glauben finden. Nur das Eine wollen wir bemerken, daß auch früher die Regierung ihre Forderungen an die Bahn sich baar zurückzahlen ließ, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob die Actionaire leer ausgingen, wozu auch nicht der geringste Grund vorhanden ist. Erst hat eine Actiengesellschaft ihre Schulden zu bezahlen, ehe sie an das Vertheilen einer Rente gehen kann. Neue Schuldpapiere in die Welt setzen, um dadurch einigen Speculanten einen Gewinn zu verschaffen, wäre gegen alle Gesetze vernünftiger Geldwirthschaft.

Die Berichterstattung über die täglichen Coursbewegungen unterlassen wir diesmal wieder. — Die leztwöchentlichen Verminderungen in dem Status der Banken sind nicht unerheblich. Die französische Bank erlitt eine ebenso starke Verminderung ihres Portefeilles (46 $\frac{2}{3}$ Millionen), wie in der Woche vorher die Vermehrung betragen hatte. Bei der englischen Bank wuchs der Notenumlauf um 303,000 Pfd. Sterl.; bei der österreichischen Nationalbank hob sich der Escompt um 1,640,000 fl. Der Lombard der preussischen Bank stieg um 1,520,000 Thlr. — Wiederum im höchsten Grade glänzend war die April-Mehreinnahme der Oberschlesischen Bahn, welche sich für die drei Linien auf circa 154,000 Thlr. belief (62,800 Thlr. Hauptbahn, 46,000 Thlr. Breslau-Posener, 45,000 Thlr. Posen-Stargarder), so daß die Gesamtmehreinnahme für vier Monate bereits die Höhe von 535,000 Thlr. erreicht hat. Die Berlin-Anhalter Bahn hat im April 25,000 Thlr. mehr eingenommen, größtentheils durch den Personenverkehr. Wahrscheinlich hat der frühere Beginn der Leipziger Messe daran Theil. Die böhmische Westbahn hatte in vier Monaten ein Plus von 231,000 fl. Die leztwöchentliche Mehreinnahme der Franzosen erreichte 155,000 fl., die der Lombarden 416,000 Francs. Ueber die Brennerbahn gingen im April